

*Liebe Frauen,
situationsbedingt setzten sich die
Delegierten online intensiv mit dem
Thema Geschlechtergerechtigkeit in
der Erwerbswelt in Zeiten der
Corona-Pandemie auseinander. Es
zeigte sich, dass die Krise für viele
Frauen ein, wenn auch schmerzlicher,
Weckruf war. Die Erwerbsarbeit der
Frauen ist, nicht nur in Krisenzeiten,
häufig nicht existenzsichernd. Zudem
offenbarte sich im Zuge von Homeoffice,
Homeschooling und geschlossener
Betreuungseinrichtungen eine, vom
Ständigen Ausschuss bereits angemerkte,
Gefahr der Retraditionalisierung. Damit
aus der Krise Chancen entstehen,
stellten die Delegierten gezielte
Forderungen auf.*

Petra Löwenbrück, Sprecherin

Applaus vom Balkon ist nicht genug

„Was kommt nach dem Applaus? Geschlechtergerechtigkeit in der Corona-Krise“ – unter dieser Überschrift stand die Herbsttagung des Ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit, die am 25. und 26. September 2020 stattfand. Angesichts der aktuellen Pandemie wurde die Konferenz nicht als Präsenzveranstaltung, sondern online durchgeführt. Dabei gingen die Delegierten der Frage nach, welche Auswirkungen die Corona-Krise für erwerbstätige Frauen hat. Da Frauen überproportional in systemrelevanten Berufen sowie in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind sie in besonderem Maße von großen Belastungen, aber auch von Kürzungen und Kündigungen betroffen. Wie unter einem Brennglas wird deutlich, dass Geschlechtergerechtigkeit in Krisenzeiten besonders fragil ist und wie präsent alte Rollenklischees weiterhin sind. Unter der Leitung der Sprecherinnen Petra Löwenbrück und Stephane Schimmel und begleitet von kfd-Referentin Annamaria Stahl beleuchteten die Delegierten die unterschiedlichen Aspekte der Thematik und diskutierten vielfältige Lösungsansätze.

Entscheidungsgremien ohne Frauen

Zum Einstieg in die Fragestellung hatte Annamaria Stahl wissenschaftliche Studien, Fakten und Entwicklungen zu Geschlechtergerechtigkeit in der Corona-Pandemie vorgestellt. Die studierte Politikwissenschaftlerin ist Referentin für Gesellschaftspolitik in der Abteilung Theologie/Politik/Bildung der kfd-Bundesgeschäftsstelle und zuständig für den Ständigen Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit. Diese Aufgabe hat sie von Gisela Göllner-Kesting übernommen, die Ende August in den Ruhestand verabschiedet worden war. Dass das Thema Geschlechtergerechtigkeit bereits ein Schwerpunkt ihres Studiums war, qualifiziert sie zusätzlich als kompetente Ansprechpartnerin für den Ausschuss.

In ihren Ausführungen warf Stahl zunächst einen Blick auf die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen zur Corona-Krise. Dabei wurde in verschiedenen Zusammenhängen deutlich, dass Frauen und ihre Belange durchweg unterrepräsentiert waren und sind. So war im sogenannten kleinen „Corona-Kabinett“ der Bundesregierung, das im Frühjahr 2020 eingesetzt wurde, neben Bundeskanzlerin Angela Merkel nur die Bundesverteidigungsministerin (Annegret Kramp-Karrenbauer) als weitere Frau vertreten. Während die teilnehmenden Ressorts Gesundheit (Jens Spahn), Finanzen (Olaf Scholz), Inneres (Horst Seehofer), Auswärtiges (Heiko Maas) und Bundeskanzleramt (Helge Braun) ohne Ausnahme von Männern repräsentiert werden, fand Frauen- und Familienministerin Franziska Giffey mit ihren Themen keinen Platz am Corona-Kabinetttisch. Lediglich beim großen „Corona-Kabinett“ seien alle Fachministerinnen und –minister sowie Expert*innen hinzugeladen. Auch auf Länderebene sehe es nicht viel besser aus, so die Referentin. Weil nur zwei von 16 Bundesländern von Frauen regiert werden, fehle auch hier weitgehend die Sichtweise von und damit auch auf Frauen.



Expertinnen werden nicht gehört

Nicht besser stehe es um die weibliche Perspektive und Frauenbelange in anderen Entscheidungsprozessen, erläuterte Stahl. So seien lediglich zwei Frauen in der Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina zur Corona-Pandemie zu finden: zwei von 24 Wissenschaftler*innen. Ähnliches ließe sich bei der Berichterstattung zu Corona im Fernsehen beobachten, wo überwiegend Männer als Experten in Nachrichten – oder Talksendungen zu Gast sind. Dabei mangelt es nicht an Fachfrauen. Dass die Berichterstattung in den Medien aus Gendersicht gerechter möglich ist, wenn der Wille dazu da ist, machte die Referentin am Beispiel von BBC deutlich. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in Großbritannien hatte 2017 ein freiwilliges Mentoring zur Repräsentanz von Frauen in ihren Sendungen eingeführt. Diese lag beim Start der freiwilligen Beobachtung überwiegend bei unter 44 Prozent. Drei Jahre später konnten zwei Drittel der am Mentoring teilnehmenden 600 Sendungen vermelden, dass ihr Anteil an weiblichen Mitwirkenden bei 50 Prozent und mehr liege.

„Interessen, Sichtweisen und Erfahrungen von Frauen müssen gleichberechtigt in die politische Entscheidungsfindung einfließen, insbesondere in Krisenzeiten“, forderte die kfd-Referentin. „Denn nur wenn in diesen Prozessen verschiedene Perspektiven vertreten sind, werden auch die verschiedenen Bedürfnisse bedacht.“ In Ländern, in denen der Frauenanteil unter den Entscheidungsverantwortlichen hoch sei, sei die Gleichberechtigung auf vielen Ebenen selbstverständlich.

Systemrelevante Berufe: wenig Prestige – geringe Entlohnung – hohe Belastung

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt erläuterte Stahl die Bedeutung von Frauen in den sogenannten systemrelevanten Berufen; diese sind für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich und können auch in der Krise kaum eingeschränkt werden. Hier stellen Frauen mit rund 75 Prozent den größten Anteil der Beschäftigten. In diesem Zusammenhang zitierte die Referentin aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die sich zu Beginn der Pandemie mit dem Lohn- und Prestigeniveau unverzichtbarer Berufe in Zeiten von Corona befasst hat. „System-



relevant und dennoch kaum anerkannt“ – so das Fazit des Instituts. In Krisenzeiten sei die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Unverzichtbarkeit mit großen körperlichen Belastungen und gesundheitlichen Risiken auf der

einen sowie materieller Entlohnung und gesellschaftlichem Prestige auf der anderen Seite besonders offensichtlich, erläuterte die kfd-Referentin die Forschungsergebnisse des DIW. Besonders auffällig sei das geringe Ansehen für Reinigungsberufe am untersten Ende der Skala, obwohl gerade sie in der Krise unentbehrlich seien. Überdurchschnittliches Prestige genießen vor allem Human- und Zahnmediziner*innen.

Zudem belegten die Studien, dass das Lohnniveau in systemrelevanten Berufen unterdurchschnittlich sei, etwa 12 Prozent unterhalb des durchschnittlichen Bruttostundenlohns aller Berufe. „Insgesamt lässt sich feststellen, dass rund 70 Prozent der Beschäftigten in Berufen, die zu Beginn der Krise der kritischen Infrastruktur zugeordnet wurden, einen unterdurchschnittlichen Lohn bekommen“. Darüber hinaus gebe es auch in diesen Berufen einen deutlichen Gender Pay Gap von rund elf Prozent, wenngleich die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen in diesen Bereichen kleiner sei als im Durchschnitt aller Berufe in Deutschland (22 Prozent). Bis auf Arzt- und Praxishilfen verdienten Frauen in allen systemrelevanten Berufen weniger als Männer.

Frauen besonders von Kurzarbeit betroffen

Die Krise treffe vor allem Wirtschaftsbereiche mit einem hohen Frauenanteil, wie Gastronomie oder der Kulturbereich, betonte die Politikwissenschaftlerin. Folglich seien Frauen besonders stark von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen und erhielten zudem häufig ein niedrigeres Kurzarbeitergeld als Männer. Das liege zum einen daran, dass sich das Kurzarbeitergeld am Nettogehalt orientiere, das für viele verheiratete Frauen in Lohnsteuerklasse V als Folge des Ehegattensplittings sehr niedrig sei. Andererseits erhielten Frauen seltener als Männer eine Aufstockung seitens der Arbeitgeber*innen. So reiche das Kurzarbeitergehalt bei Frauen meist nicht zur eigenständigen Existenzsicherung. Die Tatsache, dass 46 Prozent aller Frauen in Deutschland in Teilzeit arbeiten



und ihr Verdienst entsprechend geringer ist, verschärft diese Tendenz. Laut einer Onlinebefragung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) haben zudem 20 Prozent aller befragten Frauen ihre Arbeitszeit aufgrund von Corona reduziert; das habe schlechtere Aufstiegschancen, weniger Sichtbarkeit in der Krise und eine Verschärfung innerfamiliärer Rollenverteilungen zur Folge.

Ein Beispiel machte diese Studienergebnisse und die befürchteten Folgen deutlich: Während die Publikationen von Wissenschaftlern in der Corona-Krise zugenommen haben, sind die Veröffentlichungen von Wissenschaftlerinnen klar zurückgegangen.

Geringfügig Beschäftigte: mehrheitlich weiblich – nicht geschützt

Da das Instrument der Kurzarbeit, das die Krise am Arbeitsmarkt abfedern und unmittelbare Arbeitslosigkeit verhindern soll, für geringfügig Beschäftigte (Minijobs) nicht greift, sind diese in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Zudem haben sie keinen Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, da sie von den Beiträgen befreit sind. „Atypische Beschäftigungsverhältnisse von Frauen führen dazu, dass ihr Arbeitsplatz und ihre Existenzsicherung in Krisenzeiten besonders bedroht sind“, so die Referentin. Und da ihr Anteil unter den geringfügig Beschäftigten größer ist als der der Männer, sind Frauen auch hier überproportional vom Risiko des Arbeitsplatzverlustes betroffen. Verschärft wird diese Situation durch die Tatsache, dass in den von der Krise besonders betroffenen Wirtschaftsbereichen viele Menschen beschäftigt sind, die ausschließlich in Minijobs arbeiten - ohne eine sozialversicherungspflichtige Haupterwerbstätigkeit, durch die sie abgesichert sind.

Gefahr der Retraditionalisierung - Weckruf auch für die Frauen

Der Frage, inwieweit die Corona-Krise zu einer Retraditionalisierung beiträgt, näherte sich die Referentin mit einer weiteren WZB-Studie. In dieser wurde die Arbeitszufriedenheit von Müttern und Vätern im Homeoffice erfragt. Dabei wurde deutlich, dass die Arbeitszufriedenheit bei beiden Elternteilen im Vergleich zu Kinderlosen geringer war, aber die Zufriedenheit war bei Müttern nochmal um fünf Punkte niedriger als bei Vätern. Die Vermutung liegt nahe, dass Frauen vielfach die Hauptlast der Kinderbetreuung und im Haushalt tragen und ihre Arbeitszeiten im Beruf reduzieren. Dies bestätigt auch die Mannheimer Corona-Studie, die Stahl zitierte. Danach übernahmen Frauen deutlich mehr Betreuungsaufgaben als Männer, was ein zentrales Hindernis für ihre gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und an öffentlichen Funktionen darstellt. Erst bei Paaren mit hohem Einkommen gleicht sich die Aufgabenverteilung an, wobei hier die Ressourcen vorhanden sind, um auf privat finanzierte Dienstleistungen zurückzugreifen.

Nicht nur in den Ausführungen der Referentin, sondern auch in den Erfahrungsberichten der Delegierten wurde klar, dass viele strukturell bedingte Nachteile für erwerbstätige Frauen in der Corona-Krise ganz besonders sichtbar werden. Diskriminierungen, die der Ständige Ausschuss schon lange anprangert und für deren Korrektur er sich stark macht, sind aktuell wie unter einem Vergrößerungsglas noch klarer erkennbar. In diesem Sinne müsse die Pandemie für die gesamte Gesellschaft, aber eben auch für die Frauen selbst, ein Weckruf sein, so die Delegierten.

Viele Gefahren, aber auch Chancen

In Arbeitsgruppen vertieften die kfd-Frauen die Thematik und diskutierten Lösungsansätze. Gerade in diesem Zusammenhang war die Unterstützung der E-Trainerin Sandra Mareike Lang hilfreich. Sie hatte die Tagung begleitet und digitale Arbeitsformen möglich gemacht, die über die Funktionen einer Zoom-Videokonferenz hinausgingen. Folgende Ergebnisse wurden festgehalten: Der Zugang von Frauen zu Entscheidungsgremien wird strukturell begrenzt. Frauen brauchen Vorbilder, ihre Fähigkeiten müssen anerkannt werden und die paritätische Besetzung im Zweifelsfall mit einer Quote erreicht werden. Außerdem benötigen sie Selbstvertrauen, Mut, Durchhaltevermögen und einen „dicken Panzer“, so die Delegierten. „Denn wenn Frauen in der Krise nicht sichtbar sind, verfestigt sich ein falsches Frauenbild.“ Zudem seien Entscheidungen, die zu Lasten von Frauen getroffen würden, später nur schwer zu korrigieren. Mit Blick auf die systemrelevanten Berufe wurde aus persönlichen Erfahrungen bestätigt, wie groß die Belastungen sind und wie ungeschützt und unvorbereitet viele Beschäftigte nah am Menschen arbeiten mussten bzw. müssen und sich so einer hohen Infektionsgefahr aussetzen. In den Gesprächen wurde einmal mehr offensichtlich, dass erwerbstätige Frauen besonders von der Krise betroffen seien: im Minijob, als Selbständige und Gründerinnen, als Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte in den besonders von der Pandemie betroffenen Wirtschaftszweigen. „Und dabei sind Alleinerziehende das schwächste Glied in der Kette“, betonten die kfd-Frauen. Aber auch Chancen, die aus der Corona-Pandemie erwachsen können, wurden benannt. Neben der Aufmerksamkeit für bestimmte Berufsgruppen sei der Digitalisierungsschub eine positive, längst überfällige Entwicklung. Auch biete das Homeoffice für Männer wie Frauen neue Optionen, so die Delegierten, wenn es geschlechtergerecht gestaltet werde. Nicht zuletzt könne die von der Krise verursachte Umbruchsituation auch zu einem Aufbruch in der Gesellschaft und zur Neuorientierung der Wirtschaft führen.

Geschlechtergerechtigkeit in der Erwerbswelt

Wenn die Mehrheit der systemrelevanten Berufe außerhalb von Krisenzeiten ein geringes Ansehen und eine unterdurchschnittliche Bezahlung aufweist, dann laufe hier etwas schief, so die Delegierten. „Klatschen auf Balkonen und anerkennende Worte sind eine Geste und reichen bei weitem nicht aus“, betonte Sprecherin Petra Löwenbrück. „Deshalb müssen der kollektiven Dankbarkeit nun eine finanzielle Aufwertung und weitere konkrete Maßnahmen im Bereich der Arbeitsbedingungen folgen.“



Die Diskussionen mündeten in klaren Forderungen an unterschiedliche Adressen: Von der Politik forderten die Delegierten erneut die Abschaffung von Minijob und Ehegattensplitting, aber auch die Besetzung aller Krisenstäbe mit Frauenvertreterinnen und Expertinnen sowie gesetzliche Rahmenbedingungen für eine existenzsichernde Rente und für Arbeitszeiten, die Geschlechtergerechtigkeit ermöglichen (z.B. 30-Stunden-Woche). An die Arbeitgeber*innen und die Vertretungen der Arbeitnehmer*innen richteten sie die Forderung nach tarifvertraglicher Entlohnung, attraktiven und flexiblen Arbeitszeiten, die sich am Lebensverlauf orientieren, und einem Genderblick auf grundsätzlich alle Entscheidungen.

Termine:

06. – 08. November 2020, Jahrestagung Mainz
19. – 21. März 2021, Frühjahrstagung Mainz
17. – 18. September 2021, Herbsttagung Mainz
19. – 21. November 2021, Jahrestagung Mainz

Text: Beate Behrendt-Weiß / Journalistin

Fotos: Beate Behrendt-Weiß / Tim Löwenbrück

Grafik: PPP Stahl, Quelle: Berliner Senatsverwaltung

Kontakt:

Ständiger Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit
Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands
Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf
Telefon: 0211-44992-74

Sekretariat: Ute Chrubasik, ute.chrubasik@kfd.de

www.kfd.de

www.kfd-bundesverband.de/die-kfd/staendiger-ausschuss-frauen-und-erwerbsarbeit.html

Zudem sollten Arbeitgeber*innen die Chancen von Kooperationen mit vergleichbaren Unternehmen nutzen. Viele der Forderungen, so die Delegierten, seien längst in Positionspapieren der kfd enthalten; dennoch müsse auch seitens des Bundesverbandes immer wieder auf deren Umsetzung gepocht werden. Mit der Forderung, den Artikel 3 des Grundgesetzes ernst zu nehmen und umzusetzen, richteten sich die kfd-Frauen an alle politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen und an jede und jeden Einzelnen. Bewusstseinsbildung gegen Rollenklischees, ein stärkeres Engagement vieler Männer und Solidarität untereinander seien dafür unerlässliche Voraussetzungen.